

großen Reil gelebt. Der „ante Ten“ sei von Ersten Nichts gegen Neumanns und Wilke auch nicht gewahrt.

Wenn er ferner von Schmaropern und Schlepenträgern gesprochen habe, so habe er nirgends gemeint, Geld sei an solche Individuen gegeben worden. Waale hat früher einmal gesagt, „Singer habe mit seinem Geld die Fraktion korumpirt, werde noch die ganze Partei korumpiren.“ Glode habe ähnliche Dinge gesagt. Er, Werner, habe dies öffentlich zur Sprache gebracht; es sei besser offen heraus zu reden als hinter den Rücken zu intrigüiren.

Mit dem Flugblatt siehe er in seinem Zusammenhang. Das habe er immer gesagt. Er sei nicht „Führer der Opposition.“ Er verwehre sich noch, mit allen Elementen der Opposition zusammenzukommen zu werden.

Was die Presse betreffe, so sei es ihm unbegreiflich, daß man das „Königsberger Volksblatt“ habe eingehen lassen; es sei ein Vollwerk gewesen in jenen noch zurückgebliebenen Provinzen; war es als tägliches Blatt zu theuer, so hätte man es zu einem dreimal wöchentlichen machen sollen. Die Broschüren verküpfen sehr viel an Werth, weil sie zu theuer sind. Man müsse gratis Broschüren zur Mittheilung erhalten. Die Beschwerte gegen den „Vorwärts“ seien sehr berechtigt; die dort gebotene Rost habe ihre Mängel; der Ton gegen Eugen Richter sei nicht richtig gewesen, er wolle damit dem alten Genossen Viehrecht hiermit nicht nahe treten; ebenso der Ton gegen Neumanns, daß er Hölle gewesen sei, es mit der Wahrheit nicht genau nehmen u. s. w.; solche Dinge gebühren nicht in das Zentralorgan. Die Berichte der Versammlungen seien oft nicht richtig angefertigt worden; dazu eingehende Erklärungen habe der „Vorwärts“ abgewiesen. In der Angelegenheit Heine sei dieser vom „Vorwärts“ bevorzugt worden. Ist es Diktirbroschüre, daß er, weil er in der Minorität sei, doch seine Meinung offen zum besten gibt? Doch nicht. Sonst könnte Minorität nie Vorrückung werden.

Die Parteipresse müsse auf Annoncenfang geben, schmerzhaft Annoncen aufnehmen, solche Rost in Worte bieten, daß recht viele Abonnenten erhalten werden, wodurch Verloschung in der Presse eintritt, weil kein Geld aus der allgemeinen Kasse dazu gegeben werde.

Es zeigt die betreffende Nummer der „Frank. Lagerzeit“, wo der Exerzierstand bei dem Artikel über den Tod Kaiser Friedrichs angebracht sein soll, welche Sache in Berlin bekanntlich Staub aufgewirbelt habe.

Antrop Kuerbach u. Gen. geht ein:

Der Parteitag beschließt die Parteileitung, in denjenigen Provinzen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteimitglieder in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein betrachtende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organes, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischer Material.

Rieber a. a. Berlin begründet seinen oben-

mitgetheilten Antrag. Es sei wenig Vertrauen zu den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteimitglieder in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein betrachtende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organes, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischer Material.

Rieber a. a. Berlin begründet seinen oben-

mitgetheilten Antrag. Es sei wenig Vertrauen zu den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteimitglieder in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein betrachtende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organes, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischer Material.

Rieber a. a. Berlin begründet seinen oben-

mitgetheilten Antrag. Es sei wenig Vertrauen zu den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteimitglieder in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein betrachtende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organes, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischer Material.

dazu habe der „Vorwärts“ aufgenommen, Hartogs Erwiderung aber nicht. Das habe mit Recht in Magdeburg dieses Blatt gemacht. Man soll lieber gegen Heine und solche Genossen, die den revolutionären Geist mit Füßen treten, vorgehen, als immer gegen die Opposition.

W. Lenz: Johannisthal: Er führe Beschwerde gegen die Reichstagsfraktion, weil nicht genug Genossen zur Landtagsagitation verwendet wurden. In der Nähe Berlins könne man wohl begünstigt werden, die Genossen seien darüber böse. Lenzauer, B. habe sich mit seinem Geschäfte entschuldigt. Die Zeitungen seien bei der schlechten wirtschaftlichen Lage zu theuer. Das Tellow-Beesdower Blatt wünsche finanzielle Beihilfe vom Parteivorstand, das wurde abgewiesen. — Er habe mit der Berliner Opposition nichts zu thun; Werner sei Landtagsabgeordneter in seinem Wahlkreis, er kenne ihn daher; dafür halte man ihn aber gleich mit als Oppositionellen.

Erwald in Brandenburg: Werner habe heute sehr ungeschickt geredet. Im Lande habe es Monate lang Aufregung gegeben; nun sagen aber die Herren, wir haben nichts getan, wir wärschen unsere Hände in Unschuld. Das sei dasselbe Spiel, wie in Halle. Beschwerden habe man nicht für nöthig gehalten. Die Opposition habe sehr geschadet; unsere Erträge wären viel größer geworden, ohne diese Berliner Vorgänge. Auf den Dörfern sehe man und jetzt sehr viel an. Kein Gegner habe uns jemals so geschadet, wie jetzt die Opposition. — Er sei gegen eine Kommission zur Prüfung des „Vorwärts“; dies könne er nur für den letzten Theil des Jahres zugeben. — Er sei für ein billiges Wochenblatt, welches den Inhalt aus dem „Vorwärts“ enthalte.

Stöhne-Hamburg spricht über die Verhältnisse im „Hamburger Echo“. — Bei der Wahl im 19. hannoverschen Wahlkreise habe man Agitationen dabeit versprochen, aber sein Wort nicht gehalten. Wolfenbutel, der so sehr geeignet sei für Landtagsagitation, sei der weit in Süddeutschland auf Agitation gewesen. — Er wünscht Aufklärung über die Darlehne, welche im Bericht erwähnt sind.

Kuer: Kühne sei doch nicht recht unterrichtet über die Vorgänge. Wolfenbutel ist in dieser Zeit hauptsächlich im 12. hannoverschen Kreise gewesen. Außerdem waren Wegner, Bruns, Uetsh, Jörder, wohl auch Frohne zu der Zeit in dortige Kreise, welche ganze Agitationen ohne doch nicht dorthin gehen!

W. Lenz: 25,562 Mk. sind als Darlehne gegeben. Darunter sind 8000 Mk. für Kauflausleistungen für verarbeitete Parteigenossen; dies Geld zu geben ist Pflicht der Partei. 6000 Mk. sind Darlehen für Vertheilung. In erster Zeit hatten wir hierfür nicht gegeben. Später, als einige wichtige Mütter auf dem Spiele standen, sind wir mit Geldbeiträgen beigefahren. Der Rest ist an Gemahlsregeln wegen politischer Thätigkeit gegeben worden; dies ist nicht zu vermeiden und wohl im Nutzen der Partei gewesen.

Storch-Stettin befragt sich, daß die Landtagsagitation in Hannover nicht genügend von den Reichstagsabgeordneten besorgt worden sei. Ueberhaupt sei Hannover viel zu wenig unterstützt worden. Da keine Besale vorhanden sind, so möge man auf offenem Felde Versammlungen abhalten. — Die Opposition hätte nicht mit maßloser Kritik vorgehen sollen, sondern Beschwerte führen sollen.

Blume-Hamburg theilt mit, daß in Hamburg keine zweite bezüglich des Parteiblattes vorhanden sind. Werner erklärt, nur für sich verantwortlich zu sein. In dem Flugblatt aber ist die Rede von Parteigenossen in allen Berliner Kreisen. Es mag keine formelle Einheit in der Opposition sein, so ist doch eine geistige Einheit vorhanden. Es ist sogar unethisch, wenn Werner jetzt die übrige Opposition von seinen Rostschäden schilteln will. Die Hamburger Genossen sind unzufrieden mit der Opposition.

Emmel-Frankfurt a. M.: Die Opposition thut heute sehr zäh, ganz anders wie in Berlin. Allerdings hätte auch die Majorität anständiger im Tone bleiben müssen. Die einzelnen Oppositionellen sollen sagen, ob sie auf dem Boden des Flugblattes stehen oder nicht; stehen sie auf diesem Boden, so unterschreiben sie sich allerdings prinzipiell von der Sozialdemokratie. Undemokratisch habe allerdings auch Reichstagsabg. Schwarz gehandelt. — Es seien über 94,000 Mk. Ueberschuß in diesem Jahre für die Parteikasse erzielt. Wozu dieser große Ueberschuß? Derselbe hätte doch besser für die Agitation verwendet werden können. —

W. Lenz: Er spreche vorläufig nur zu seinen Weisungen. Wir sollen die Partei geschädigt haben. Hat es dann nicht mindestens ebenso geschädigt, wenn der „Vorwärts“ die Angelegenheit von Lützen zurückbehalten von 40—50 Mk. Parteigelder so aufgebraucht hat? Kuer sprach von unethischen Elementen; man sollte Lützen dieses treffen. Er habe gesagt, ein Abgeordneter habe Geld empfangen; das sei wahr; den Namen wolle er nicht nennen. Er habe ferner gesagt, 1/3 der Reichstagsabgeordneten habe den Entwurf zum Arbeiterschutzgesetz nicht gelesen. Das habe er im guten Glauben getan. Ein Abgeordneter, mit dem er sprach, habe den Inhalt nicht gekannt. 1/3 mag übertrieben gewesen sein, aber unmöglich war es nicht; ein Abgeordneter hat das bestätigt. Es sind in der Partei viel härtere Dinge behauptet worden, als wir es

gelten haben, aber uns hat man maßlos angegriffen, als jeden anderen.

W. Lenz: W. Lenz hat gesagt, es seien 8—5000 Mk. an einen Parteigenossen gegeben worden. Das erzählte Jüdermann als Geschenk. Daran ist aber kein Wort wahr. Kein Fraktionsmitglied kann sagen, daß ihm der Entwurf nicht bekannt gewesen sei; der Entwurf ist 14 Tage zuvor an jeden Abgeordneten geschickt mit der Aufforderung, seine Anträge dazu einzureichen. Ferner hat die Fraktion nochmals besonders beraten und darauf ist der Entwurf mit der Unterschrift sämtlicher Abgeordneten an den Reichstag gegangen. Ueberdies kamme derselbe bereits in der Hauptsache aus dem Jahre 1885, sei also schon längst bekannt gewesen. W. Lenz möge die Namen der beiden Abgeordneten nennen, die ihm jene Aussagen gemacht hätten.

W. Lenz: Er erklärt das Wort zu einer Erklärung. Ich soll gesagt haben: „Stellen Sie Singer nicht auf, der habe mit seinem Geld die Fraktion korumpirt und wird noch die ganze Partei korumpiren.“ In dieser Form habe ich diese Versicherung nicht getan; allerdings war ich im Auftrag meines Kreises damals gegen Singers Kandidatur. Wir wollten einen Arbeiter als Kandidaten. Bei Singers humanem Sinn, der ihn zu zahlreichen Unterstützungen veranlaßte, fürchteten wir, daß die von ihm Unterstützten ein blinder Anhang für ihn werden könnten. Singer hat dies selbst eingesehen und hat später nur noch auf Beschluß der Partei neue Unterstützungen gegeben.

Darauf schließt Singer um 1/2 Uhr die Beamtungsitzung.

Erfurt, 15. Oktober 1891.

Roth eröffnet die zweite Sitzung (Donnerstag Nachmittag). Er verliest viele Dutzende von Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Pfanntuch erhält Bericht über die Prüfung der Mandate. Es sind 290 Delegirte mit ordnungsgemäßen Mandaten versehen. Dazu sind 14 Personen der Parteileitung und Fraktion zugeordnet, ohne Mandat annehmend.

Das Wort hat ferner Gen. Agner-Stuttgart. Er wünscht, daß der neue Parteivorstand in seinen Antworten an die verschiedenen Genossen sich eines weniger breiten Tones befleißigen möge. — Für die Opposition ist es bezeichnend, daß W. Lenz von einem oder zwei Abgeordneten bestimmt wissen will, daß sie von dem Entwurf des Arbeiterschutzgesetzes keine Kenntniz hätten; daraus hätte er aber 1/3 aller Abgeordneten gemacht. In dieser Weise sei alles maßlos übertrieben worden.

W. Lenz: Es sei jeder Vorwurf betreffend des Königsberger Blattes hinlänglich. Kuer's Ausführungen waren durchaus überzeugend und habe unsere vollste Anerkennung. Er billige den Standpunkt Kuer's auch gegenüber der Opposition; sie möge beweisen oder das Fiskalisch werde einzuweil geschickt. Die Opposition habe unüberdentlich geschädigt. Man mache mit ihr tabula rasa. Es ist eine Verbindung zwischen den oppositionellen Elementen allerdings vorhanden; die „Magd. Volkst.“ habe sogar das bekannte Flugblatt als Leitartikel abgedruckt. Wer bewußt oder unbewußt die Partei schmer schädigt, kann nicht in ihr bleiben.

Tätrow-Berlin: Die die Oppositionen heute ist, so ist sie in Wirklichkeit gar nicht. In Berlin hätte man die Herren hören müssen. Jetzt suchen sie den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Als Freunde haben uns die Herren, als Feinde wären sie uns gänzlich ungeschickt.

B. Lenz: Berlin wünscht eine Berliner Prekommission für den letzten Theil des „Vorwärts“. Der Antrag W. Lenzers betreffend der Resolutionsen des Parteivorstandes sei zu verwerfen; es sei gut, daß die Parteileitung solche Resolutionsen vorschläge. — Die Opposition ist dabei geschlossene Gruppe; bei Verhandlung eines Genossen im dritten Berliner Wahlkreis habe man eine Annonce gelesen, daß sich die engeren Genossen des Wahlkreises“ betheiligen mögen. Die Opposition schreie über Diktatur der Parteileitung und über selber eine solche Diktatur im höchsten Maße. Man möge aber die Sache sehr ruhig auffassen. Auch in Berlin habe die Opposition die Bewegung sehr geschädigt; die Versammlungen werden leer. Es muß endlich ein ruhiger Ton wiederkehren.

Jaakob-Berlin: Beschwerden sind zwar nicht an die Kontrolleure gelangt; doch sind einige Wünsche vorgebracht, welche in der Diskussion behandelt werden können. Die Kampfmethode der Opposition sei gänzlich zu verwerfen.

W. Lenz: Werner verbrauchte seine Zeit, indem er nicht zur Tagesordnung sprach, sondern zur Kritik; im Uebrigen sprach W. nur für sich, nicht für die Opposition, wie er sollte. Schulz-Magdeburg sagt, der Parteivorstand hätte in Vollmars Anwesenheit sofort das Wort ergreifen sollen, ehe er sonst ein Gegner davon, daß der Vorstand überall gleich eingreife. Werner hat von Schmaropern gesprochen. Wir wußten, daß Waale damals gegen die Zeitung opponirte, trotzdem habe man ihm seine Stellung am „Vorwärts“ gelassen; das beweise die Objektivität des Vorstandes. Ähnlich sei es mit Glode geworden. Später saßen diese beiden, das alle Beschwörungen auf Unmöglichkeit beruhen. Wenn je eine Opposition, die mit großem Prunk aufgetreten ist, sich nicht lösend und eckdämlich benommen hat, so ist es diese hier vor uns stehende. W. Lenz habe dem Parteitag von vornherein Parteilität vorge-

worfen; man wundere sich nur, daß er dann überhaupt hier erschienen sei. Es ist übertrieben, Beschwörungen auszusprechen ohne den geringsten Anhalt zu haben. Keiner von den Herren... Es gestaltet sich zu einer beständigen Scene zwischen W. Lenz und der ihm unterstehenden Opposition... Es ist wahr, daß ein Abgeordneter 2500 Mk. geliehen erhielt. Dieser Parteigenosse war 9 Monate im Gefängniß, seine Frau plötzlich vom Schlag gelähmt, sein Geschäft ruiniert; da haben wir erst Alles geprüft und nur unter aller Sicherheit demselben das Geld geliehen. Und daraus habe man solche Gemeinheiten geschmiebelt, daß die Parteileitung nach Hundstausende verschleudere. Ist das, was wir da getan, ein Parteiverrat, so werde er es sich zur Ehre rechnen, hundertmal solchen Betrag zu begeben. (Beifall der Versamml.) W. Lenz beantragt, eine Kommission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche die Anklagen der Opposition in Bezug auf die Parteileitung und die Reichstagsfraktion, sowie die Anklagen, daß die Parteileitung bezw. der Parteivorstand gegen die Parteilität verstoßen habe, zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten habe.

St. Lenz: Das heutige Auftreten der Opposition steht in vollem Gegensatz zu dem bisherigen Auftreten in Berlin. Da „Echo“ sei von den Herren besonders angegriffen wegen angeblicher schwärzlicher Angriffe. Der betreffende erste Artikel im „Echo“ sei eine Uebersetzung gegenüber dem höchsten Vorzeichen einer Berliner Gewerkschaftsversammlung gegen Vollmar. Das rief die Entrüstung der Hamburger hervor mit vollem Recht. Die Opposition habe keinen Anspruch darauf, mit Glacéhandschuhen angefaßt zu werden. Werner habe in Halle gesagt, die Streitart soll begraben werden und gleich darauf wurde die Streitart um so eifriger geschwungen. Die Berliner Herren seien anmaßend im höchsten Grade. Ein Widerruf könne ihm nicht genügen; wer so die Partei geschädigt habe, könne nicht in ihr bleiben.

St. Lenz: Berlin: Die Opposition kam hierher, um Anklage zu erheben; in Wahrheit beschränkte sie sich nun auf eine kleinliche Verteidigung. Werner kritisiert den Ton der Opposition auf schärfste, ebenso greift er die „Vollstimme“ an wegen verschiedener Ungebräulichkeiten. Wenn Werner sage, es gebe keine organisierte Opposition, so stehe damit im Widerspruch, daß ihn gestern die Opposition zum Gesamtredner gewählt habe. Ferner, wie ist das Flugblatt entstanden? Bei Herrn Werner hat dasselbe 14 Tage lang gelegen; beim Genossen Richter sei man mit dem Flugblatt gewesen (Nicht wahr!) von Seiten der Opposition; Richter erklärt, es sei wahr!). Darauf habe man gesagt, hinter dem Flugblatt ständen Tausende von Genossen. Und jetzt wolle Niemand dies Flugblatt geschrieben haben. Das sei eine Feigheit sonder Gleichen. Nicht wegen prinzipieller Verschwiegenheit, sondern wegen der Unsauberkeit wollen wir mit dieser Opposition abrechnen.

St. Lenz: Dudenwalde: Die Parteileitung sei auch oft empfindlich gewesen. Die große Masse habe oft wenig selbständiges Urtheil; oft hänge alles an einem einzigen Person, es entsetze eine Art Diktatur. Das berechtige aber Niemanden zu derartigen Oppositionen.

St. Lenz: Berlin: Es komme darauf an, den Typus der Opposition zu lassen. Das ist aber Werner, der immer Einem aus den Fingern zu rutschen versteht. Wir müssen die Individuen gewinnen, die Feinde besiegen; da müssen diese Dinge vorgehen.

St. Lenz: Berlin: Werner habe ihm in die Debatte gezogen. Auch er habe Opposition gemacht. Das sei aber in geordneter Weise geschehen. Er habe im „Vorwärts“ alles geregelt vorgefunden.

St. Lenz: Königsberg: Man wolle in Königsberg ein Blatt gründen und ersuche den Vorstand um Mittel. Der Vorstand rief ab und erklärte, sein Geld dazu flüssig zu haben. Trotzdem gründen wir das Blatt. Es ging aber nicht und wir haben schließlich selbst ein, daß bei der traurigen wirtschaftlichen Lage bei und kein Blatt zu halten sei; wir billigen daher vollkommen das Verhalten des Vorstandes. — Redner spricht ferner dafür, daß der Vorstand Resolutionsen vorschläge bei wichtigen Anlässen. Er polemisiert ebenfalls gegen die Opposition. Er wünscht, daß künftighin solche Vorgänge nicht wieder vorkommen.

Es wird Schluß der Debatte gewünscht. Dagegen spricht Kuer, daß man solle der Opposition Gelegenheit geben, sich auszusprechen. Schluß der Debatte wird abgelehnt.

W. Lenz: Berlin tadelt das System der Kontrolleure. Es muß eine Instanz da sein, vor welcher angesehene Personen geladen werden können. Man denke an die Vorgänge Frohne gegen Richter und Viehrecht gegen Richter. Ueber solche Dinge muß Licht gebracht werden. Da haben die Kontrolleure das Nöthigste nicht gethan, wohl weil es im Organisationsstatut nicht vorgeschrieben ist. Im 6. Berliner Wahlkreis seien W. Lenz nicht an die Parteikasse geliefert; da hätten die Kontrolleure gegen den dortigen Vertrauensmann vorgehen müssen.

St. Lenz: Er sei aus zwei Wahlkreisen beauftragt, mit der Opposition Redraum zu machen. Wenn er heut nicht gegen die Herren vorgehen, haben wir auf dem nächsten Kongress etwas nach viel Schlimmeres. Schon reist das Uebel aus in der Provinz ein. Man lortere Penelope von der Opposition, aber man schließe die Thore hinter ihnen.

Die richtigen... folgenden... hin, daß... geschlossen... dem man... so groß... Parteigenossen... mit mühe... daß die... wissen wo... vermischen... schärfste... soll Bericht... lenne die... aber er... handelt zu... die Oppos... alles her... Standpunkt... mag alle... das Reich... bekräftigen... Männer, die... zifiren kön... unbestimm... das Fische... was je die... übertrump... gewisse Th... Partei ang... Verbrechen... unterdrück... gelassen... Aus den... werden... theilen... We d n... macher da... stehen. Da... 110 Person... zahl hat n... Selten der... notwendig... zulegen... man energ... Grill... hängsagen... betrafte, so... eines beson... elende Kap... Die Berlin... weit komme... haupt nicht... er aber... nicht als... burg!) Ja... sich die Pa... Diese Leute... getreten. U... 2500 Mk. ... zahlen, da... werthvolle... tribüne“ h... zeige, wie u... Schreiber d... selben Leute... wir wollen i... W. Lenz... wirkte Schul... Heine e... gegen den... die Parteig... haben. Des... der Magdebu... Kater... einem Wahl... ständig ein... Aufan gema... Versammlung... und dann be... sich mit der... Wahlkreise... worden. Es... genossen mel... würden. T... raut... burger Opp... schilbert die... diese Oppos... daß die Ber... Oberland kom... Einferren... Sch mi d... der Berliner... zugezogen g... Schuld, daß... reich aus der... W. Lenz... fänden mit... Wahlkreise... Schädigung... Parteipresse... beschließen... Parteileitung... müssen zur... die Abgeordn... 304 übrig si... tione Bewähr... hat nicht läßig... taten in der... Antrag Nieder... der Ort mög... nicht immer a... S o f a n g